

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/19

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 27. April 1957 bis zum 24. Juli 1959

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

27.04.1957

DDR: Am 27. April 1957 tritt das "Abkommen über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen" in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sowjetische Militärtribunal in der SBZ (x009/397-398): >>Vor dem sowjetischen Militärtribunal wurden bis zum 27.4.1957 nicht nur sowjetische Soldaten, sondern auch deutsche Staatsbürger angeklagt und nach sowjetischem Recht verurteilt.

Das Verfahren war der SBZ-Justiz entzogen. Mit allen Mitteln versuchten die Kommissare, ein Geständnis zu erlisten oder zu erpressen. Die Protokolle wurden in russischer Sprache abgefaßt. Die Akten der Voruntersuchung hatten in der Gerichtsverhandlung absolute Beweiskraft. Dem Angeklagten konnte das Recht auf mündliche Selbstverteidigung genommen werden. Das Gericht durfte auch Beweisstücke verwenden, die dem Angeklagten unbekannt blieben, konnte also Spitzelmeldungen heranziehen, ohne daß der Angeklagte etwas dagegen vorbringen konnte.

Die Verfahren wurden oft in 5 bis 10 Minuten abgewickelt. Die Anklage stützte sich fast ausschließlich auf eines der "gegenrevolutionären Verbrechen". Die Strafe lautete im Regelfalle auf 25 Jahre Zwangsarbeit. Anfechtung des Urteils war bei den wichtigsten "gegenrevolutionären Verbrechen" ausgeschlossen, in den übrigen Fällen war sie praktisch aussichtslos, weil sie nur Formfehler und "offensichtliche Ungerechtigkeit" angreifen durfte. Die Verurteilten wurden zum Strafvollzug meist den Zuchthäusern in der SBZ zugewiesen; "gefährliche politische Verbrecher" wurden in sowjetische "Besserungsarbeitslager" (ITL) in der Sowjetunion übergeführt. Dort blieben sie für ihre Angehörigen verschollen, während den Insassen der Zuchthäuser ein beschränkter Briefverkehr gestattet war. ...

Seit dem Inkrafttreten des "Abkommens über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen" am 27.4.1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die gegen die Sowjetunion, gegen Armeeingehörige oder deren Familienangehörige gerichtet oder bei Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begangen worden sind.<<

Berlin: In Ost-Berlin beginnt am 27. April 1957 die Gründungskonferenz des Deutschen Turn- und Sportbundes.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Sport in der SBZ (x009/412-413): >>... 1957 wurde der "Deutsche Turn- und Sportbund" (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. ...

Die Industrie-Sportvereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des Sports. Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10 % des gesamten Beitragsaufkommens für den Sport verwenden müssen. Sie heißen für alle Sportarten: Aktivist (IG Bergbau), Aufbau (IG Bau Holz), Empor (IG Handel), Einheit (IG VBV), Fortschritt (IG Textil), Chemie (IG Chemie), Lokomotive (IG Post, Transport und Verkehr), Medizin (IG Gesundheitswesen), Motor (IG Metall), Rotation (IG Druck und Papier), Stahl (IG Metallurgie), Turbine (IG Energie), Wismut (IG Wismut) und Wissenschaft (IG Erziehung, Wissenschaft).

Außerdem gibt es die Sportvereinigungen "Vorwärts" und "Dynamo" der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.

Die Grundeinheiten der Sportvereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).

Den Berufssportler gibt es in der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten. Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und Sport sind in vielen Sportarten "Schwerpunkte" gebildet worden. In diesen Sportclubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengezogen.

Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und genießen als "Repräsentanten der DDR" eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung (z.B. Straßenradrennfahrer Gustav Adolf (Täve) Schur oder Skispringer Helmut Recknagel). Dafür müssen sie sportliche Höchstleistungen vollbringen - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der SBZ sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen. ...

... Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete Sportleistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens". Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschießen gehören zu den Übungen für Männer, Frauen und Jugendliche. ...<<

01.05.1957

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. Mai 1957: >>Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften. Die 14.811 Verkehrstoten des Vorjahres führen zu einem Tempolimit von 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften.<<

04.05.1957

DDR: Der SED-Staatssekretär für das Hochschulwesen verkündet die Einführung einer einjährigen Arbeitsdienstpflicht für Studienbewerber.

09.05.1957

DDR: Am 9. Mai 1957 tritt der zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Vertrag für die sowjetischen Besatzungstruppen in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Besatzungstruppen in der SBZ (x009/67): >>Erst seit dem 9.5.1957 (also lange nach der formellen Beendigung der Besatzungspolitik), gilt für die sowjetischen Besatzungstruppen der ... zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Truppenvertrag.

In dessen Einleitung findet sich die formelhafte Erklärung, er regle die "zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR". Im Vertrag wird u.a. behauptet, 1. die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen beeinträchtigt nicht die "Souveränität der DDR"; 2. die Stärken, Standorte und zusätzliche Manövergebiete der sowjetischen Besatzungstruppen würden mit der Regierung der DDR beraten und vereinbart. ...

Diese Scheinzugeständnisse an die Regierung der SBZ entwertet der § 18: "Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen." Dieser § 18 legt auch formell die Macht über die SBZ in die Hand der sowjetischen Besatzungstruppen, sofern deren Oberkommando oder die Sowjetregierung es für notwendig halten.

Die strenge Geheimhaltung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihre Absperrung gegen die Bevölkerung machen genaue Angaben über Stärke und Standorte unmöglich. Die "Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland" (Hauptquartier Wünsdorf südlich von Berlin) zählt unter dem Marschall J. E. Konjew mindestens 350.000 Mann; einschließlich aller Nachschubverbände, Stabs- und Verwaltungskräfte wahrscheinlich sogar 400.000 Köpfe.<<

16.05.1957

USA: Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärt der US-Abgeordnete Carroll Reece, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

04.08.1957

Polen: Das polnische Außenministerium kritisiert die "Berliner Erklärung" der Westmächte (x125/181): >>... Der herrschende Gedanke der Erklärung ist das Bestreben, die Deutsche Demokratische Republik aufzusaugen und dadurch ganz Deutschland dem Atlantikpakt zuzuführen und dem so vereinigten Deutschland volle Rüstungsfreiheit zu sichern. Das muß ernsthaft die Bedrohung Polens und die Einbeziehung einer Reihe von Staaten in die abenteuerliche militaristische Politik deutscher Kreise stärken. ...<<

13.08.1957

CSR: Nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" sollen von den 650.000 Madjaren, die vor dem Kriege in der Slowakei lebten, noch 300.000 Madjaren im Land sein (x004/175).

20.08.1957

CSR: Nach einer Pressemeldung des "Münchener Merkur" vom 20. August 1957 sollen sich noch 123 verurteilte Deutsche in tschechischen Gefängnissen befinden. Darunter ist z.B. auch der ehemalige Wehrmachtsgeneral Toussaint (x004/79).

15.09.1957

BRD: Bei der 3. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 % (die KPD ist seit 1956 verboten).

16.09.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt die Oder-Neiße-Linie an (x155/58): >>... Sie betrachte die bestehende Oder-Neiße-Linie ... als endgültige polnisch-deutsche Grenze.<<

03.10.1957

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert Adenauers Rede (vom 22.09.1957) im nordamerikanischen CBS-Fernsehsender (x155/59-60): >>... Er hat weder politische noch staatsrechtliche oder völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht, auch das Selbstbestimmungsrecht nicht erwähnt und ausdrücklich erklärt:

"Ich habe immer das Recht auf die Heimat betont, auf den Platz, wo man geboren wurde. Ich habe niemals gesagt, was darüber hinausgeht." ...

Der Bundeskanzler hat dem Begriff "Recht auf die Heimat" eine Auslegung gegeben, die es zu einem reinen Aufenthaltsrecht degradiert. ...

Es trifft nicht zu, daß Herr Dr. Adenauer niemals mehr als dieses Recht auf die Heimat gefordert hat. Schon in der Neujahrsbotschaft 1946/47 hat er die Erklärung abgegeben: "Kein christlich-demokratischer Staatsmann wird jemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen." ...

Der deutsche Bundesaußenminister hat in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers am 28. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden." ...<<

15.10.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt die DDR an (Aufnahme diplomatischer Beziehungen).

19.10.1957

BRD: Nach Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, bricht die Bundesrepublik Deutschland ihre politischen Verbindungen mit Jugoslawien ab (x006/625).

21.10.1957

Polen: ZK-Sekretär Gomulka erklärt während einer Rede (x125/182): >>Die Westgebiete sind für Polen eine Frage um Leben und Tod, und jeder Pole weiß das! ...<<

24.10.1957

BRD: BGH-Präsident Hermann Weinkauff (1894-1981) erklärt am 24. Oktober 1957 während einer Gedenkansprache für die von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft (x026/94-95): >>Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 wurde Leipzig der Sitz des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft am Reichsgericht, zunächst von amerikanischen Truppen besetzt. Diese zogen nach etwa 2 Monaten wieder ab, und russische Truppen rückten ein.

Einige Wochen danach wurden schlagartig an einem Tage etwa 35 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft von der russischen Geheimpolizei verhaftet und zunächst in die Gefängnisse, später in das Lager Mühlberg an der Elbe gebracht. ... Später folgten noch einige Verhaftungen, so daß schließlich 38 oder 39 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft im Lager Mühlberg saßen. ...

Von den 38 Verhafteten starben 34 in der Gefangenschaft, und zwar ganz überwiegend schon im ersten oder im zweiten Jahre. Einige wenige kamen später in das Lager Buchenwald und wurden dann bis auf einen in den berühmten Waldheimer Prozessen unter nichtigen Vorwänden zu durchschnittlich 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach etwa einem Jahrzehnt im "Gnadenweg" entlassen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, starb einer der Entlassenen auf besonders tragische Weise noch auf der Rückfahrt in seine Heimat.

Von den 38 Verhafteten haben also nur 3 die mörderische Haft überlebt. 2 von ihnen sind heute unter uns. Ebenso sind einige Frauen und Kinder der Verstorbenen hier.

Warum starben alle diese Männer so rasch und so unaufhaltsam? ...

Sie wurden unmenschlich behandelt, sie waren so unmenschlich untergebracht und ernährt und sie wurden zu so unmenschlichen Arbeitsleistungen gezwungen, daß jeder, der nicht ganz außergewöhnliche Kraftreserven, körperliche und seelische besaß, diesem furchtbaren Regime rasch erliegen mußte.

Sie sollten ihm erliegen und sie sind ihm erlegen. Die größte Schuld trägt der kommunistische deutsche Lagerleiter, der von einem infernalischem Haß gegen das Reichsgericht beseelt war und der ständig öffentlich verkündete, alle Reichsgerichtsräte müßten verrecken.

Ein Wort noch über die Behandlung der Frauen und der Familien der Verhafteten. Niemals erhielten die Frauen die geringste Nachricht, wo man ihre Männer hingebracht habe und was mit ihnen geworden sei. ... Auch von dem Tod ihrer Gatten erhielten die Frauen niemals Nachricht. Sehr viele Frauen hofften immer noch auf die Rückkehr ihrer Männer, die sie völlig schuldlos wußten, während diese schon längst schmachvoll irgendwo in dem Lager verscharrt waren. ...

Warum rühren wir heute wieder an diese Dinge? Warum enthüllen wir heute im Bundesgerichtshof diese schlichte Gedenktafel, die das Andenken an die Opfer eines mörderischen Regimes wachhalten soll?

Gewiß kann man sagen: Hier wurden die namenlosen Greuel des nationalsozialistischen Regimes mit ebenso namenlosen Gegengreueln beantwortet, die mit den NS-Greueln auch das gemeinsam hatten, daß sie ebenso blind, fühllos und rechtlos zuschlugen wie jene.

Aber einmal muß ja dieser tödliche Zirkel von Greueln und Gegengreueln durchbrochen werden, und einmal muß der rettende Absprung gefunden werden. Einmal müssen die Wahrheit und das Recht wieder siegen, und sei es auch nur in den Herzen der Menschen.

Es geziemt sich gerade für die Männer des Rechtes, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechtes zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen.

...<<

27.10.1957

Berlin: In Bonn billigen die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründen den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

29.10.1957

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen:
>>"DREIGETEILT - NIEMALS"

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen.

Anfängliche Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht.

In zunehmendem Maße leben sich die Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und Ortschaften, wie Ennepetal-Milspe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu Gablonz in Bayern, bleiben die Ausnahme. Die Integration der Vertriebenen stellt eine der ganz großen Aufbauleistungen der frühen Bundesrepublik dar.<<

04.11.1957

DDR: Die zuständigen SED-Behörden beschließen, durch verstärkte Agitation und administrativen Druck alle Jugendlichen für die Jugendweihe zu gewinnen.

15.11.1957

Jugoslawien: Erlebnisse und Erfahrungen eines Volksdeutschen aus Slawonien – Bericht des Apothekers Josef W. (x006/625): >>Das "Volksdeutschen-Problem" spielt im öffentlichen Leben Jugoslawiens, besonders was die Presse anbelangt, überhaupt keine Rolle mehr.

Es fällt in keiner Weise ins Gewicht; weder in Zeitungen, noch in Vorträgen, noch in wissenschaftlichen Werken kann man darüber etwas hören. Das Problem ist in den Umbruchjahren 1944-1948 so radikal gelöst worden, daß es sich die Machthaber heute ersparen können, darüber zu diskutieren. Aber sie haben nur einen Teil der Minderheitenfrage in Jugoslawien gelöst, denn das deutsche Problem war ja nur ein Teil der Minderheitenproblematik.

Nach außen hin haben sie den einzelnen Völkern das Minderheitenrecht großzügig zugestanden, besonders den Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Mazedoniern und den Türken. Die deutsche Minderheit hat ab 1944 überhaupt keinen staatlichen Schutz genossen, und ihre Ausrottung wurde rücksichtslos und ohne menschliche und moralische Hemmungen durchgeführt. - Das Problem ist zwar nicht mehr existent, und doch bleibt es ein ungelöstes Anliegen, das einer Klärung bedarf.

Anläßlich des Abbruchs der politischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Deutschland im Jahre 1957 hat man neuerdings eine reservierte Haltung der Behördenvertreter gegenüber den Resten der deutschen Bevölkerung verspürt.<<

16.11.1957

DDR: Die Demarkationslinie wird seit dem 16. November 1957 amtlich als "Staatsgrenze West" bezeichnet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Demarkationslinie (x009/90): >>Die Trennung zwischen der SBZ und der Bundesrepublik verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schließt Mecklenburg, die ehemalige preußische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze.

Diese Linie ist keine Grenze, sondern eine Demarkationslinie. ... Die Demarkationslinie ist 1.381 km lang. Seit 1952 befindet sich außer Wachttürmen und elektrisch geladenem Stacheldraht auf der sowjetzonalen Seite der Demarkationslinie ein Sperrgebiet. Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie) ist nach dem Potsdamer Abkommen nur eine Demarkationslinie, nicht aber eine Staatsgrenze. Auf der Demarkationslinie duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (Kontrollpunkte), die nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen.

Es sind die folgenden Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie (auf der Seite der Bundesrepublik): 1. Lübeck-Schlutup (Straße), 2. Lübeck (Bahn), 3. Büchen, südlich von Lübeck (Bahn), 4. Lauenburg/Elbe in Holstein (Straße), 5. Hohnstorf, Bezirk Lüneburg (Elbe), 6. Schnackenburg, Bezirk Lüneburg (Elbe), 7. Rühren, nordwestlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Mittellandkanal), 8. Vorsfelde, östlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Bahn), 9. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Autobahn und Bahn), 10. Walkenried, südlich von Goslar, Bezirk Braunschweig (Bahn), 11. Herleshausen/Werra, Bezirk Kassel (Autobahn), 12. Hönebach, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn), 13. Widdershausen, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn), 14. Philippstal, südöstlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn), 15. Ludwigstadt, Bezirk Oberfranken (Bahn), 16. Töpen, Bezirk Oberfranken (Autobahn), 17. Hof, Bezirk Oberfranken (Bahn).<<

11.12.1957

DDR: Gemäß Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 wird der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der DDR" gesetzlich festgelegt

Durch das Gesetz zur Abänderung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 verbietet die Volkskammer das Verlassen der DDR ohne Erlaubnis (auch die Reise in das Bundesgebiet und nach West-Berlin). Das Paßänderungsgesetz sieht für "Republikflucht" Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren vor.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Interzonenverkehr (x009/192-193): >>a) Personenverkehr. Nach der Kapitulation mußten laut Beschluß des Kontrollrats alle Personen, die aus einer Besatzungszone in eine andere reisen wollten, einen durch die Besatzungsmacht ausgestellten Interzonenpaß besitzen.

Während mit der Vereinigung der westlichen Besatzungszonen der Interzonenpaß dort wegfiel, wurde der Interzonenverkehr mit der SBZ, vornehmlich seit der Währungsreform und der Berliner Blockade erheblich erschwert. Besucher aus der Bundesrepublik benötigten zusätzlich eine Aufenthaltsgenehmigung der sowjetzonalen Behörden, die von den in der SBZ wohnenden Angehörigen oder Freunden beantragt werden muß.

Auch Reisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik benötigen auf Grund von Viermächteabmachungen in beiden Richtungen einen Interzonenpaß. Bis zum Juni 1953 wurden in der SBZ Interzonenpässe nur in Ausnahmefällen ausgegeben. Seit der Verkündung des "Neuen Kurses" entfaltete sich der reguläre Interzonenverkehr zu beträchtlichem Ausmaß.

Der Interzonenpaßzwang wurde durch die Westmächte am 16.11.1953 aufgehoben. Die SBZ schloß sich diesem Schritt an mit der Einschränkung, daß bei Einreisen in die SBZ weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich war, während Ausreisende für die Dauer ihrer Reise ihren Personalausweis gegen eine polizeiliche Personalbescheinigung umtauschen mußten..

...

In den Jahren 1954 bis 1957 blieb ein beträchtlicher und von Jahr zu Jahr zunehmender Teil der im Interzonenverkehr Eingereisten in der Bundesrepublik ...

Im Sommer 1957 steigerte die SED ihre Bemühungen, den Reiseverkehr in die Bundesrepublik einzudämmen, bis zu direkten Verboten von Westreisen für bestimmte Personengruppen (Studenten, Oberschüler, Angehörige von Staatsjugendorganisationen usw.).

Ende 1957 wurde diese Maßnahme noch verschärft. Bis dahin waren nur Auslandsreisen ohne Genehmigung strafbar, ... wenn die Antragsteller Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland hatten, die ohne polizeiliche Abmeldung die Zone verlassen hatten, wurde die Ausreisegenehmigung versagt. Außerdem mußten Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Betriebe, in denen die Antragsteller tätig waren, vorgelegt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen der Bürgermeister und ein weiterer Bewohner die Bürgschaft für die rechtzeitige Rückkehr des Antragstellers in die DDR übernehmen mußten. ...

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ist an sich im Potsdamer Abkommen geregelt. Nur die Interzonenzüge, die zugelassenen Autobahnen und die kontrollierten Luftkorridore dürfen benutzt werden. Im allgemeinen wickelte sich der Verkehr ohne Reibungen ab, doch kamen immer wieder Behinderungen und Schikanen durch die sowjetzonalen Organe an den Grenzübergangsstellen vor.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Republikflucht (x009/368-369): >>... "Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verläßt, ... wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde das in der Verfassung garantierte Grundrecht der Freizügigkeit und das Recht auf Auswanderung endgültig beseitigt. Im Gegensatz zum bisherigen Zustand kann jetzt schon jede tatsächliche oder vermeintliche Vorbereitungshandlung zum Verlassen der SBZ wie das vollendete Delikt der Republikflucht mit Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet werden.

Der "Republikflüchtling" verliert praktisch sein in der SBZ zurückgelassenes Vermögen. Personen, die Bürger der "DDR" zum Verlassen der Zone bewegen, werden wegen Abwerbung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Rückkehrer in die SBZ (x009/372-373): >>Von den zahlreichen Flüchtlingen kehren manche nach einiger Zeit aus familiären oder aus wirtschaftlichen Gründen in die SBZ zurück. Auch abenteuerlustige Jugendliche und asoziale Menschen, die häufig zwischen Ost und West hin- und herwandern, sind darunter. Die Zahl der Rückkehrer kann nicht genau ermittelt werden, da viele ohne behördliche Abmeldung das Bundesgebiet verlassen. ...

Amtliche Stellen in der Bundesrepublik schätzen, daß von 100 Flüchtlingen höchstens 10 in die SBZ zurückkehren. Viele der Rückkehrer flüchten später erneut nach dem Westen, vielfach schon bald nach der Rückkehr wegen der eingehenden politischen Durchleuchtung. Der Staatssicherheitsdienst bemüht sich, die unter einem gewissen Druck wegen der früheren Republikflucht stehenden Rückkehrer zu Spitzeldiensten zu nötigen.

Die SED hat sich stets bemüht, Flüchtlinge zur Rückkehr und Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ (Umsiedler) zu veranlassen, um die negativen Auswirkungen der Massenflucht aus der SBZ abzuschwächen und den Eindruck einer Fluchtbewegung aus der Bundesrepublik in die SBZ zu erwecken. Die Machthaber der SBZ haben deshalb schon 1953

nach Verkündung des "Neuen Kurses" den Flüchtlingen versprochen, daß ihnen bei freiwilliger Rückkehr keine Nachteile wegen ihrer Flucht erwachsen würden.

Durch das Paßänderungsgesetz vom 11.12.1957, das die Republikflucht ausdrücklich mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bedrohte, wurden diese Bemühungen gestört. Da den Flüchtling jetzt mit Sicherheit ein Strafverfahren erwartete, ging die Zahl der Rückkehrer ... merklich zurück.<<

25.12.1957

DDR: Anstatt der kirchlichen Taufe wird erstmalig die staatliche "Namensweihe" (auch sozialistische Namensgebung) durchgeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/301): >>Am ersten Weihnachtstag 1957 wurden in Altenburg 3 Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt "in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen".

Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische "Liturgie" sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die Namensweihe (früher als "sozialistische Namensgebung" bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein "sozialistisches Gelöbnis"; häufig dient ein Sparkassenbuch für das Kind als Lockmittel. Der Vollzug der Namensweihe wird in das Familienstammbuch eingetragen.<<

31.12.1957

DDR: Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

1958

>>Nicht alle klugen Leute sind gleich: Einige sind vor der Zeit klug, einige danach und einige zur rechten Zeit.<< (Jüdisches Sprichwort)

01.01.1958

Belgien: Die EWG-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft. Ziele sind u.a.: Schaffung eines gemeinsamen Marktes und einer Zollunion.

23.01.1958

DDR: Die SED und die Zentraleitung der Jungen Pioniere beschließen, eine sozialistische Massenorganisation für Kinder zu bilden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation Junge Pioniere (x009/203): >>Am 23.1.1958 beschloß die Zentrale, die Jungen Pioniere mit Hilfe der SED "zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu entwickeln". Die Jungen Pioniere sollen die "sozialistische Schule" unterstützen, die Jugendweihe fördern, dem "sozialistischen Aufbau" dienen.

Die FDJ bleibt verantwortlich für die Jungen Pioniere und unterstützt sie, doch überwiegt der Einfluß der SED. Die Jungen Pioniere haben Gruppen der Jungpioniere (6-10 Jahre) und Thälmann-Pioniere (10-14 Jahre).<<

BRD: SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

01.02.1958

DDR: Am 1. Februar 1958 tritt das Strafrechtsergänzungsgesetz in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Militärstrafrecht in der SBZ (x009/292): >> Mit Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes am 1.2.1958 hat die SBZ ein materielles Militärstrafrecht erhalten.

Der dritte Teil dieses Gesetzes stellt "Verbrechen gegen die militärische Disziplin" unter Strafe. Als Tatbestände wurden geschaffen: Fahnenflucht (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), unerlaubte Entfernung von mehr als 48 Stunden (Gefängnis bis zu 6 Monaten; bei Entfernung von mehr als 6 Tagen, Gefängnis bis zu 2 Jahren), Befehlsverweigerung (Gefängnis bis zu 5 Jahren), in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jah-

ren), Angriff auf Vorgesetzte (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Mißbrauch der Dienstbefugnisse (Gefängnis bis zu 5 Jahren), Verletzung des Dienstgeheimnisses (Gefängnis bis zu 5 Jahren).

Für die Befehlsverweigerung gilt eine Ausnahme: "Wer einen Befehl nicht befolgt, dessen Ausführung gegen die Strafgesetze oder gegen das Völkerrecht verstoßen oder die im Arbeiter- und Bauernstaat geltende Achtung des Menschen verletzen würde, bleibt straffrei."

Eine besondere Verfahrensordnung für die Verhandlung gegen die Angehörigen der bewaffneten Kräfte gibt es nicht. Die Strafverfahren wegen dieser Delikte werden vor den ordentlichen Gerichten unter Mitwirkung der Schöffen durchgeführt. Eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert in der DDR nicht (Schille in "Neue Justiz" 1958, S. 153 ff).<<

Die SED-Führung ordnet an, daß Mannschaften der Kampfgruppen, die über 55 Jahre alt sind, nur noch an örtlichen Einsätzen teilnehmen sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kampfgruppen der SBZ (x009/209): >>Seit Anfang 1958 bilden die über 55 Jahre alten Mannschaften der Kampfgruppen eine Kampfgruppen-Reserve, nur für örtliche Einsätze bestimmt. –

Wie bei allen "Bewaffneten Organen der SBZ" und bei der GST findet eine sorgfältige Polit-schulung statt. Seit 1957 tragen die Kampfgruppen graue zweiteilige Uniformen nach Art der NVA. - Der Eid der Kampfgruppen lautet: "Ich bin bereit, als Kämpfer die Weisungen der Partei zu erfüllen, die DDR, ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich."

... Die politische Leitung der Kampfgruppen liegt bei der Abteilung Sicherheit des ZK der SED. - An größeren Übungen der Kampfgruppen nehmen oft Einheiten der Vopo und GST teil, ferner der Bereitschaftspolizei und der NVA. Die Kampfgruppen sind eine Miliztruppe, deren Kampfwert nicht unterschätzt werden darf. Stärke: rund 320.000, davon einsatzfähig: 150.000. ...<<

03.02.1958

DDR: Die Politbüro-Mitglieder Schirdewan, Wollweber und Oelßner werden am 3. Februar 1958 aus allen Parteiämtern entfernt ("Säuberungen" des ZK der SED).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine Säuberung gegen die "partei-feindliche Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" ...

Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde Oelßner aus dem Politbüro ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch Selbmann wurde scharf angegriffen. Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: Ackermann, Beling, Buchwitz, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von Säuberungen im Staatsapparat sind: Dertinger, Hamann. Säuberungen haben auch in den übrigen SBZ-Parteien und in den Massenorganisationen wiederholt stattgefunden.<<

05.02.1958

DDR: Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück.

11.02.1958

DDR: Das Bezirksgericht Leipzig verurteilt am 11. Februar 1958 mehrere Zeugen Jehovas wegen Verbreitung von "staatsgefährdender Propaganda und Hetze".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/179-180): >>Illegale Einfuhr und Verbreitung von Schriften der Zeugen Jehovas ist Hetze im Sinne des § 19 StEG (Urteil des Bezirksgerichtes Leipzig vom 11.2.1958 ...).

Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inne-

ren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).<<

12.02.1958

DDR: Das Volksbildungsministerium ordnet am 12. Februar 1958 an, Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre" aufzuklären.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kirchenpolitik in der SBZ (x009/215): >>Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein. Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12.2.1958 verlangte Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre".

Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind: Die Schließung der evangelischen Bahnhofsmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit "auf den kirchlichen Raum", die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet "Schwarze Pumpe" in "Stalinstadt" usw., Schließung kirchlicher Kinderheime, Verspottung des Weihnachtsfestes ("Eulenspiegel" Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammelerlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis.<<

15.02.1958

Jugoslawien: Erfahrungen und Ausreiseprobleme eines Volksdeutschen – Erlebnisbericht des Apothekers Josef W. (x006/625-626): >>Als ich mich im Jahre 1958 um eine Ausreise nach Deutschland bemühte, mußte ich zuerst meine jugoslawische Staatsbürgerschaft amtlich löschen lassen.

Um die Löschung der Staatsbürgerschaft zu erreichen, mußte man ein Gesuch an das Innenministerium einreichen. Außerdem mußte man eine Bescheinigung über die im Lager verbrachte Zeit, oder aber, falls keine Bescheinigung vorhanden war, eidesstattliche Erklärungen von mindestens 2-3 ehemaligen Lagerinsassen vorlegen. Wenn man nachweisen konnte, daß man als Volksdeutscher interniert war, bekam man ohne weiteres die Löschung der Staatsbürgerschaft. Diese Löschung kostete 12.000 Dinar.

Bei mir dauerte es sehr lange, denn im allgemeinen ließ man keine "Intelligenzberufe" aus Jugoslawien heraus. Es bestand auch ein Mangel an Apothekern. Als ich aber beharrlich die Ausreise forderte, konnte man mir die Löschung der Staatszugehörigkeit nicht vorenthalten. Bei mir war vor allem entscheidend, daß ich nach der Lagerzeit noch 17 Monate in der Strafanstalt Lepoglava verbringen mußte. Man hatte mich damals lediglich verurteilt, weil ich Deutscher war - ohne daß man in der Lage war, mir ein konkretes Delikt nachzuweisen. ...

Obwohl ich meine Heimat sehr geliebt habe und mich dort bis zu den schicksalhaften Ereignissen 1944/45 gut gefühlt habe und dort ein sorgloses, gesichertes Leben führen konnte, muß ich nach all den Schikanen eingestehen, daß ich freudig in ein mir unbekanntes Land - aus dem meine Ahnen einst nach dem Südosten gezogen waren ... - hinübergezogen bin und heute keinerlei Heimweh nach meiner einstigen Heimat verspüre.

Mein Privatvermögen (ein Feld, Hausbesitz, ein Weingarten in Vukovar) wurde nach 1944 konfisziert. Eine Bescheinigung darüber habe ich erst nach meiner Verurteilung bekommen.

Mein Urgroßvater ist vor 204 Jahren aus dem Schwarzwald ausgezogen. Generationen meiner Familie haben in Kroatien gelebt und sich als Deutsche behauptet. Nun komme ich als letzter Sproß einer Kette von Generationen wieder in die Urheimat zurück, ausgeplündert und ausge-

raubt, aber nicht ohne Hoffnung, daß ich in dieser freien Welt ein menschenwürdiges Leben mit meiner Familie führen kann.<<

17.02.1958

DDR: Die SED meldet, daß man die sowjetischen Besatzungstruppen erheblich reduziert hat. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Besatzungstruppen in der SBZ (x009/67): >>Seit 1955 seien, wie die Sowjetunion am 17.2.1958 behauptete, die sowjetischen Besatzungstruppen um fast 91.000 Mann verringert worden. Doch war diese Mannschaftsverminderung ohne Gewicht, da bei verbesserter Bewaffnung die Feuerkraft der sowjetischen Besatzungstruppen nicht abnahm, sondern wuchs.<<

22.04.1958

DDR: Die SED-Presse bekämpft verstärkt das kirchliche Leben (x009/215): >>Der Pressekampf gegen die Synode Ende April 1958, Störtrupps im Stoeckerstift und Einreiseverbot für katholische und evangelische Bischöfe leiteten neue Großoffensiven ein.

Vorwand war u.a. der Militärseelsorgevertrag. ("Neue Zeit" vom 22.4.1958: "Unterstützung des Militärseelsorgevertrages ist Staatsverbrechen."). Die Kampfmlilderung nach dem Juni-Aufstand ist vergessen.<<

08.05.1958

DDR: Das Zentralkomitee der SED dankt "den tapferen Helden" der Sowjetarmee. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/67): >>Das ZK (Zentralkomitee) der SED dankte am 8.5.1958 "den tapferen Helden der Sowjetarmee, die ... die Voraussetzung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der Geschichte Deutschlands schufen".

Während des Juni-Aufstandes (1953) und im November 1956 wurde deutlich, wie sehr die Herrschaft der SED auf die sowjetischen Besatzungstruppen angewiesen ist.<<

28.05.1958

DDR und Ost-Berlin: Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechneten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Lebensmittelkarten in der SBZ (x009/256): >>Neben einer sog. Grundkarte gab es 5 Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden. Kinder erhielten besondere Lebensmittelkarten.

Da die Zuteilungen keineswegs ausreichten, mußten zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in HO-Geschäften gekauft werden. Mit der 1958 erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt. Man senkte die entsprechenden Preise der HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch verursachte zusätzliche Belastung wurde bei niedrigen Einkommen durch Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen; ausgenommen davon waren Handwerker, private Unternehmer und Gewerbetreibende sowie die freischaffende Intelligenz. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Lebensstandard in der SBZ (x009/256-257): >>Das allgemeine Niveau der Lebenshaltung in der SBZ hat sich in den letzten Jahren gehoben.

Trotzdem besteht noch immer ein beträchtlicher Abstand von der Lebenshaltung in der Bundesrepublik. ... Neben den Lebenshaltungskosten sind für den Lebensstandard folgende Momente von Bedeutung.

1. Die Entwicklung zur Zentralverwaltungswirtschaft hatte zur Folge, daß sich der Lebensstandard in der SBZ mehr und mehr dem der Sowjetunion annäherte ... Das ideologisch bestimmte System der staatlichen Wirtschaftsplanung verursacht seinem Wesen nach immer

wiederkehrende Versorgungslücken, die den Lebensstandard der Zonenbevölkerung wesentlich beeinflussen.

2. Die kommunistische Agrarpolitik führt dazu, daß Grundnahrungsmittel, auch solche, die das Gebiet der heutigen SBZ früher im Überfluß erzeugte, häufig entweder gar nicht oder nur in unzureichenden Mengen erhältlich sind (z.B. Butter, Zucker, Fleisch).

3. Die Konsumgüterversorgung wird aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer noch quantitativ und qualitativ zugunsten industrieller Investitionen der Produktionsgütererzeugung vernachlässigt.

4. Eine dünne Schicht von Parteifunktionären, Angehörigen der Intelligenz und anderer Mangelberufe, Spezialisten und Aktivisten bezieht Löhne und Gehälter, die ein Mehrfaches der Durchschnittseinkommen ausmachen. Die Masse der Arbeitnehmer kann einen höheren Lebensstandard auch durch größere Leistungen nicht erreichen, da die höheren Lohngruppen auf einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterschaft begrenzt sind und bei allgemeiner Verbesserung der Leistungen die Arbeitsnormen heraufgesetzt werden.

5. Das "Bildungsprivileg der Besitzenden" ist mit Hilfe des Zulassungsverfahrens, eines reich dotierten Stipendienwesens und der allgemeinen Gesinnungskontrolle weitestgehend an "Arbeiter- und Bauernkinder" übergegangen, die dafür Beschränkungen in der Berufswahl und im Berufsweg in Kauf nehmen müssen.

6. Kulturgüter sind erschwinglich, ... stehen aber weithin im Dienst der Produktionspropaganda und werden insoweit von der Bevölkerung abgelehnt.

7. Das System der sozialen Leistungen wird ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausschöpfung aller Arbeitskräftereserven gehandhabt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Konsumgüterversorgung in der SBZ (x009/225-226): >>Es bedurfte erst des Juni-Aufstandes vom 17. Juni 1953, ehe das Regime die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung verbesserte.

Obwohl der Lebensstandard sich seitdem erhöht hat, weist die Konsumgüterversorgung noch immer erhebliche Mängel auf. Dringend benötigte Konsumgüter, wie Möbel, Öfen, Töpfe, Gaskocher, Eimer, Ofenrohre, Kleiderbügel, elektrisches Installationsmaterial, Handwerkszeug und viele sonstige aus Metall oder Holz gefertigte Artikel, werden nur unzureichend produziert und angeboten.

Viele technische Konsumgüter werden exportiert, obwohl der Bedarf der Bevölkerung ungedeckt bleibt. Dazu gehören die besseren Qualitäten bei Kameras, Uhren, ... Motorräder, Mopeds und Fernsehgeräte. Die Textil- und Bekleidungsindustrie bietet oft minderwertige oder unmodische Erzeugnisse an. Die Versorgung mit Lederschuhen ist ebenfalls unzureichend und qualitativ mangelhaft. ...

Die schlechte Konsumgüterversorgung ist begründet in dem in allen kommunistisch geführten Ländern gültigen Produktionsmittelprimat. Bis in die neueste Zeit mußten die Konsumgüter vielfach als sog. Zusatzproduktion ohne ausreichende Materialbereitstellung hergestellt werden. Wenn auch Konsumgüterproduktion zum Teil Bestandteil der Betriebspläne geworden ist, hat die Bevölkerung noch immer Grund zur Klage wegen unzureichender Konsumgüterversorgung. Das Regime startet von Zeit zu Zeit zur Beschwichtigung von Mißstimmungen Propagandaaktionen, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage versprochen wird. ...<<

04.06.1958

DDR: Gerhart Eisler appelliert am 4. Juni 1958 in der "Jungen Welt" an das Nationalbewußtsein und den Patriotismus (x009/324): >>Als Sozialisten sind wir natürlich deutsche Patrioten, und daher wollen wir ja auch, daß ganz Deutschland einmal das wahre Vaterland aller Deutschen und auch der ganzen deutschen Jugend sein kann. ...

Auch für die westdeutsche Jugend ist die DDR das wahre Vaterland. Die Loyalität der ganzen deutschen Jugend kann nur der DDR gehören. Denn die DDR steht auch nicht im Gegensatz

zu den Interessen der westdeutschen Jugend, sondern ist im Gegenteil der stärkste Vorkämpfer zur Erfüllung aller ihrer berechtigten, sozialen und kulturellen Wünsche.<<

01.07.1958

BRD: Bundesaußenminister Heinrich von Brentano würdigt auf einem Bundestreffen in Bochum die Leistungen der Vertriebenen (x125/128): >>Die Vertriebenen überhaupt haben in den vergangenen Jahren des großen Elends durch ihre Selbstzucht und Leistung nicht nur unser Volk vor dem Absinken in kommunistische Unfreiheit bewahrt, sondern auch durch ihre Geduld der Sache Europas und der ganzen freien Welt einen ungeheuren Dienst geleistet. ...<<

10.07.1958

DDR: Während des 5. SED-Parteitagess wird gefordert, daß die DDR bis 1961 die Produktion und den Verbrauch von Lebensmitteln und Konsumgütern der Bundesrepublik Deutschland erreichen und übertreffen soll (x009/517).

SED-Generalsekretär Walter Ulbricht verkündet am 10. Juli 1958 die "10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sozialistische Moral" in der SBZ (x009/297-298): >>Als Teil des ideologischen Überbaus ist nach bolschewistischer Auffassung auch die Moral Ausdruck der Klasseninteressen.

Es gibt demnach kein absolut Gutes und kein absolut Böses. Die traditionellen sittlichen Auffassungen der abendländischen Welt werden als einseitiger Niederschlag der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert. Der bürgerlich-kapitalistischen Moral setzte Lenin die sozialistische Moral entgegen, die in der Erklärung gipfelt: "Alles was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeuter zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."

Dem entspricht die Erklärung der SED: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt." Damit wird der schon in der Schule gepflegte Haß gegen die als "kapitalistisches Lager" interpretierte westliche Welt ebenso wie die straff disziplinierte Unterordnung unter den Willen der Partei zur Grundlage der sozialistischen Moral.

Allerdings hat der Begriff der sozialistischen Moral in den letzten Jahren, seitdem Chruschtschow die neue Generallinie der Bolschewisten im Sinn des erbitterten wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit dem Westen festlegte, einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht. Als Hauptkriterium für sozialistische Moral gilt nunmehr die Einstellung zur Arbeit; der Kampf der Partei um die Durchsetzung und Hebung der sozialistischen Moral ist vor allem ein Kampf gegen die "kleinbürgerlichen" Gewohnheiten, wie Eigenbrötelei, Individualismus, Ressortgeist, Gruppenegoismus.

Demgegenüber soll die Bevölkerung zu einem Verhalten erzogen werden, das völlig am Kollektiv orientiert ist, auf maximale Produktionseffekte hinzielt und auf diese Weise das bolschewistische Lager weiter verstärken hilft. Unter anderen Bedingungen als in der Sowjetunion ... bemüht sich die SED, insbesondere seit dem V. Parteitag 1958, um die Erziehung des "neuen sozialistischen Menschen", der sich in seinen ethischen Auffassungen und in seinen Handlungen an den "Zehn Geboten der sozialistischen Moral" orientieren soll, die Ulbricht auf dem V. Parteitag verkündete. Sie besagen: ...

3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. ...

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

7. Du sollst nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

8. Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

9. Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten. ...

Gleichzeitig erklärt die SED-Propaganda, die 10 Gebote Gottes seien dazu erschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und führten zu erbarmungsloser Ausbeutung, zu Unterjochung, zu Eroberungskriegen und zu Ausplünderungen. Ein Sozialist wisse, daß die 10 Gebote Gottes, "im Mund der Kapitalisten, Imperialisten, der Klerikalen und der Militaristen nur Heuchelei sind und dazu dienen, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen".

Die 10 Gebote der sozialistischen Moral aber würden den Menschen glücklich und frei machen.<<

21.07.1958

DDR: Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates (Grotewohl, Maron, Eggerath) und Vertretern der evangelischen Kirche (in Abwesenheit von Propst Grüber) erscheint am 21. Juli 1958 ein gemeinsames Kommuniqué (x009/215): >>... Die kirchlichen Vertreter erklärten,

- daß 1. die Kirchen in der DDR an den Militärseelsorgevertrag nicht gebunden sind,
2. die Kirchen grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmen,
3. die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen,
4. die Christen die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen,
5. die Kirchen den gegen den Staat erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhalten.

Die Regierung der DDR erklärte: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

Beide Seiten geben zu erkennen, daß klärende Aussprachen über die Beseitigung etwaiger Mißstände durchgeführt werden sollten.<<

01.08.1958

DDR: Die SED ordnet weitere Enteignungen von Privatvermögen an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Enteignungen in der SBZ (x009/110-111): >>Die kalte Enteignung des Privateigentums wird schließlich durch steuerliche Maßnahmen (Steuern, Erbrecht) und im Wege des Konkursverfahrens betrieben. Bis zu dem im Juni 1953 verkündeten neuen Kurs und wieder seit August 1958 wird das Flüchtlingsvermögen praktisch enteignet.

Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose Enteignung der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. ...

Aus Anlaß eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum überführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Enteignung für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäß sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende Warenzeichen auf den volkseigenen Betrieb übergegangen.

...<<

28.08.1958

DDR: Außenminister Dr. Bolz fordert am 28. August 1958, die DDR als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Außenpolitik des SED-Regimes (x009/51-52): >>Die Außenpolitik der SBZ verfolgt ihr Ziel im Sinne des sowjetischen Imperialismus zu wirken auch mit jener propagandistischen Form außenpolitischer Aktivität, die der Ausschuß für deutsche Einheit z.B. wie folgt umschreibt: "Ein wichtiger Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die Zusammenarbeit mit den friedliebenden, demo-

kratischen Kräften in allen Ländern und vor allem die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse." ...

Außenpolitik und parteipolitische Klassenkampf-Agitation sind, wie in allen Staaten des Sowjetblocks, auch in der SBZ eng miteinander verbunden. Das SBZ-Regime versucht ständig, seine Forderungen zur Außenpolitik vorzutragen. ... Sie erstrebte "ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte".

Dabei vermied das Regime ängstlich die Probe, wie die Bevölkerung sich in geheimen, international kontrollierten Wahlen, vor allem in Mehrlistenwahlen, zu seiner Politik stellen würde. Es versuchte, die Bundesregierung als gefährliche militaristische und chauvinistische Angriffsmacht hinzustellen und bemühte sich, die Westmächte mißtrauisch gegen die Bundesrepublik und ihre Bundeswehr zu machen - überhaupt auch den gesamten Westen gegen sie aufzuhetzen.<<

01.09.1958

DDR: Im neuen Schuljahr wird der sog. "polytechnische Unterrichtstag" eingeführt.

16.09.1958

DDR: Das amtliche Blatt "Die Volksarmee" erklärt am 16.9.1958 zur Stellung der sowjetischen Besatzungstruppen (x009/67): "Die Sowjetarmee ... sichert gemeinsam mit uns, der Nationalen Volksarmee, den Aufbau des Sozialismus in der DDR."

27.10.1958

DDR: Ulbricht behauptet während einer Versammlung (x009/518): >>Ganz Berlin liege auf dem Territorium der DDR.<<

31.10.1958

DDR: Im Oktober 1958 werden auf Anweisung des Justizministeriums die eingeleiteten Strafverfahren und Fahndungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge eingestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Rückkehrer (x009/373): >>Durch Rundfunk und Presse wurden die Flüchtlinge zur Rückkehr aufgefordert mit dem Versprechen, daß niemand wegen Republikflucht bestraft werde, der durch seine Rückkehr aus der "NATO-Basis in den Staat der Arbeiter und Bauern eine grundlegende Wandlung seines Verhaltens zeige, die erwarten lasse, daß er künftig die sozialistischen Gesetze achten werde".

Gegen Rückkehrer wird seitdem nur noch in besonderen Fällen ein Strafverfahren eingeleitet. Soweit hier nicht schon eine vor der Flucht angeblich begangene Straftat den Vorwand bietet, wird diesen Rückkehrern vorgeworfen, durch die Meldung im westlichen Notaufnahmelager Spionage oder staatsgefährdende Hetze begangen zu haben.<<

10.11.1958

DDR: Chruschtschow erklärt in Leipzig (x009/518): >>Es wäre an der Zeit, den Viermächte-Status in Berlin aufzuheben.<<

16.11.1958

Berlin: Die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung für Ost-Berlin wird durchgeführt. Mit 99,87 % Ja-Stimmen ergibt diese Wahl das erwartete Ergebnis und die entsprechende Zusammensetzung der Volkskammer.

Die Lage der angeblich noch nicht kommunistisch geführten Parteien wird noch ungünstiger (x009/466).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet über Wahlen in der SBZ (x009/-472-473): >>In der SBZ wie in allen totalitären Staaten haben Wahlen nicht den Zweck, die Richtung der Politik zu bestimmen, es sollen vielmehr die schon vorher als "gewählt feststehenden Kandidaten" bestätigt werden, die dem Regime als am besten geeignet erscheinen, die Generallinie der Partei durchzusetzen. Infolgedessen haben Wahlen lediglich den Charakter von Abstimmungen. Denn bei allen Wahlen, die seit 1949 in der SBZ stattfanden, gab es nur

eine Einheitsliste der "Kandidaten der Nationalen Front", so daß die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten ausgeschlossen war und ist. ...

Wahlen sollen nach Art. 51 und 109 der Verfassung in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verfahren stattfinden. Wahlberechtigt ist jeder Einwohner der DDR, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist jeder nach Vollendung des 21. Jahres (Art. 52 der Verfassung).

... Die letzte in der SBZ durchgeführte Wahl vom 16.11.1958 war ebenso wie alle vorhergehenden, einschließlich der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und Bezirken, ein ausgesprochener Wahlbetrug. Wahlkabinen und Stimmzettelumschläge fehlten vielfach. ... Eine Ablehnung der Einheitsliste ist technisch unmöglich, da der Stimmzettel keinen Raum dafür enthält. Jedes weitere Risiko schaltet die SED durch Wahlterror aus.

Es wurde lange vorher eine "spontane Volksbewegung" für die offene Stimmabgabe inszeniert. Wer auf geheimer Abstimmung bestand, machte sich dringend verdächtig. Betriebe und Einzelpersonen mußten durch Selbstverpflichtungen ihre 100prozentige und offene Stimmabgabe beschließen. Weiterer Wahlbetrug wurde, falls noch erforderlich, bei der Stimmenauszählung begangen und ist dokumentarisch belegt. Wahlen in der SBZ kommen unter den gegebenen Voraussetzungen einem Verfassungsbruch gleich; jedes Wahlergebnis ist gefälscht und daher für die Beurteilung der Einstellung der Bevölkerung nicht maßgebend.

Was für die allgemeinen Wahlen zu den Volksvertretungen gilt, trifft im übertragenen Sinn auch für die Wahlen zu den Vorständen der Organisationen zu.<<

01.12.1958

BRD: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt ihre Tätigkeit.

04.12.1958

Polen: ZK-Sekretär Gomulka erklärt in einer Rede vor polnischen Bergarbeitern (x125/181):
>>Das polnische Volk wünscht ... nichts sehnlicher, als sein Land zu entwickeln, seine bessere sozialistische Zukunft zu bauen, in Eintracht und Frieden mit dem ganzen deutschen Volk und allen Völkern der Welt zu leben. Aber ebensogut wissen wir, daß die Sicherheit der polnischen Grenzen an Oder und Neiße, der Friedensgrenze, heute in der Sicherheit der Grenze an der Elbe liegt, die die beiden deutschen Staaten trennt.

Jeder Angriff auf die DDR ist ein Angriff auf uns, auf unsere Westgrenzen, auf alle sozialistischen Länder. ...<<

14.12.1958

Berlin: In Berlin treffen sich die Führungskräfte des "Bundes der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" zur ersten Sitzung.

31.12.1958

DDR: Im Jahre 1958 fliehen 204.092 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %.

Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

1959

>>Je ärmer einer ist, desto mehr Teufeln begegnet er.<< (Chinesisches Sprichwort)

01.01.1959

DDR: Anfang 1959 wird die zum Ministerium für Staatssicherheit gehörende "Hauptverwaltung Aufklärung" mit rund 800 Mitarbeitern in Berlin-Lichtenberg zusammengefaßt

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese "Hauptverwaltung Aufklärung" (x009/295): >>Sie entstand im Mai 1956 aus der Hauptabteilung XV und wurde dem Minister (Erich Mielke) unmittelbar unterstellt. –

Seit 1.1.1959 hat sie 12 Abteilungen (HVA - Leitung: Generalmajor Markus J. Wolf): 1: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschließlich des Verteidigungsministeriums; 2: Politische Spionage in Parteien und politischen Vereinigungen in der Bundesrepublik; 3: Ausländische Vertretungen in der Bundesrepublik; militärische Spionage im Ausland; 4: Militärische Spionage in der NATO; 5: Wirtschaftsspionage; 6: Einschleusung von Agenten; 7: Auswertung; 8: Diversion (Sabotagevorbereitungen in der Bundesrepublik); 9: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen; K: Dokumentation, Ausweisfälschung; R: Kartei, Registratur; K/S: Kader und Schulung.

Alle Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen des Hauptteils des Ministeriums für Staatssicherheit wie der HVA sind in der HVB (Bewirtschaftung und Verwaltung) zusammengefaßt, die in Berlin-Lichtenberg sitzt. - Das Ministerium für Staatssicherheit wird von einem sowjetischen Beraterstab überwacht und angeleitet. ...<<

10.01.1959

UdSSR: Die Sowjetunion übergibt der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den 3 Westmächten und anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen das NS-Regime teilgenommen haben, den Entwurf eines Friedensvertrages.

19.01.1959

BRD: Das BdV-Präsidium lehnt den sowjetischen Friedensvertrag ab (x155/66): >>... 14 Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen soll die Vertreibung von 15 Millionen Menschen durch unsere Unterschrift legalisiert werden. Deutsches Gebiet soll für die Dauer dem deutschen Volk entrissen und unüberbrückbare Gegensätze zwischen Deutschen und Polen und Deutschen und Tschechen geschaffen werden.

Das Ziel der sowjetischen Europapolitik ist ein an die Sowjetunion angekettetes Osteuropa und der weitere Vormarsch des Bolschewismus in die freie Welt durch die Tür einer deutschen "Konföderation". ...<<

01.02.1959

DDR: Das SED-Regime warnt vor vermeintlichen Angriffsplänen der Bundeswehr.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Propagandapolitik der SBZ (x009/291): >>Ein wichtiges Mittel der Militärpolitik ist die Militärpropaganda: die unaufhörliche Durchdringung der Bevölkerung mit den scheinpatriotisch gefärbten Wehrauffassungen des Marxismus-Leninismus.

Um die Bevölkerung der SBZ wie auch der Bundesrepublik gegen die NATO aufzuhetzen, wird mit der allgemeinen Militärpropaganda eine lebhafte militärpolitische Agitation gegen die Bundeswehr verbunden. Dabei bedienen sich die SED und das Regime seit Anfang 1959 immer stärker der fadenscheinigen Behauptung, die Bundesregierung wolle die SBZ gewaltsam in Besitz nehmen. Für eine solche Blitzkriegsaktion der atomar bewaffneten Bundeswehr, die sich auf die links der Elbe stehenden Truppen der NATO stützen werde, sollen angebliche Pläne bestehen. ...<<

07.03.1959

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. März 1959 über die Einigung der Vertriebenenbewegung (x155/66-68): >>... Am 14. Dezember 1958 haben wir in Berlin den Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände - geschaffen. Er ist die Repräsentanz (Vertretung) der 10 Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik!

... Mit 2,5 Millionen Mitgliedern und über 10.000 Ortsverbänden wird der Bund der Vertriebenen an Stärke und Gewicht nur noch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund übertroffen.

...

Schicksalsgefährten!

In den Jahren seit der Vertreibung habt Ihr mit ungebrochenem Mut, mit zähem Fleiß ein neues Leben begonnen. ... Aber Hunderttausende vegetieren noch in unwürdigen und bedrängten Verhältnissen dahin. Der soziale Absturz, den Millionen von Vertriebenen erlitten haben, kann durch keinen Lastenausgleich behoben werden. Nichts kann uns den vertrauten Heimatboden ersetzen, noch die seelischen und sittlichen Werte, die damit verbunden waren.

Die wenigsten von Euch haben jene Existenzen wieder aufbauen können, die sie in der Heimat besaßen. In diesen Mühsalen des Alltags hielt Euch die Hoffnung aufrecht, daß es durch vereinte Kraft, mit Hilfe des gesamten deutschen Volkes und durch den Sieg eines neuen Rechtsdenkens in der Welt, in nicht zu ferner Zeit zurückgegeben werde, was uns geraubt wurde: die deutsche Heimat im Osten - das Recht auf Selbstbestimmung.

Zutiefst haben uns die Deutschlandpläne des sowjetischen Ministerpräsidenten betroffen. ... In den nächsten Monaten wird um das Schicksal Deutschlands und um die Zukunft Europas gerungen werden.

... Eine ehrliche Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten ist auch unser Anliegen. Das Recht unseres Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung darf jedoch nicht preisgegeben werden.

... Die Vertriebenenvertretung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. ... Gegen die vom Osten her gesteuerte Aufweichungspropaganda, gegen die Einflüsterungen der Verzichter und Kapitulanten werden wir uns nachdrücklich zur Wehr setzen.

... Wir rufen die deutsche Jugend des Ostens auf, Hand in Hand mit der älteren Generation für Heimat und Zukunft einzustehen.

Wir wollen uns in der kommenden Bewährungszeit so verhalten, wie sich jedes andere Volk verhielte, dessen Einheit und Freiheit auf dem Spiele steht. Nach 4 Teilungen sangen unsere polnischen Nachbarn trotzig: "Noch ist Polen nicht verloren!" So dürfen wir mit gleichem Recht unseren Freunden und Schicksalsgefährten zurufen: Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!<<

10.03.1959

Polen: Wladyslaw Gomulka sagt während des III. Parteitages (x125/127): >>Kein Volk nimmt leichten Herzens den Verlust von Gebieten hin, die früher zu seinem Staat gehörten, wenn auch unrechtmäßig. Wir kennen das selbst doch gut aus unserem polnischen Beispiel der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebiete. ...<<

23.03.1959

DDR: Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Atheismus in der SBZ (x009/41-42): >>Nach der kommunistischen Lehre ist jede Religion eine Verkörperung von Aberglauben, der geeignet sei, jeden Fortschritt im Sinne des Kommunismus aufzuhalten. "Die Religion ist das Opium des Volkes" - dieser Ausspruch von Marx ist der Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage.

Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutz der Ausbreitung und der Umnebelung der Arbeiterklasse dienen." Dieser Ausspruch von Lenin ("Das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion") ist charakteristisch für das grundlegende Ziel des Kommunismus, alle Religionen zu vernichten. Die Religionen seien ein Werkzeug der ausbeutenden Klasse. Kein Arbeiter oder Bauer könne Interesse daran haben, sein materielles Los auf dieser Welt zu verbessern, wenn er einen religiösen Glauben habe.

An Stelle einer "religiösen Vorstellung" setzt der Kommunismus ein pseudo-religiöses Glaubensbekenntnis, dessen Grundlage die klassischen Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind und dessen "Kirche" der Parteiapparat mit seinen Funktionären ist. Von seinen Anhängern fordert er unter Androhung des Parteausschlusses mit allen seinen Folgen fanatischen Gehorsam. Auch wenn sich bestimmte Perioden der "Duldsamkeit" gegenüber religiösen Gemeinschaften aus taktischen Gründen abzeichnen, hat sich die Grundeinstellung bis zur Gegenwart nicht geändert.

... Unter Auswertung der sowjetischen Erfahrungen wurde in den Satellitenstaaten die Taktik eines offenen Angriffs auf die Religionen zunächst weitgehend vermieden. Vielmehr wurde versucht, die Glaubensverbreitung zu beschränken mit dem Ziel einer "Verstaatlichung" der religiösen Körperschaften.

Seit 1952 richtet sich der Angriff in der SBZ nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrieren sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten.

Daß im kommunistischen Plan eine Auslöschung beider großen Kirchen enthalten ist, zeigen u.a. die Gewaltakte gegen die Zeugen Jehovas im Jahre 1951. In der letzten Zeit verstärken sich unter Einschaltung von Presse, Rundfunk, Film und politischen Massenorganisationen die staatlichen Versuche, über das innere Wesen christlicher Ethik vor allem bei den Jugendlichen ernste Zweifel aufkommen zu lassen, die zu schweren Gewissenskonflikten führen.

"Ist das etwa Erziehung zum selbständigen Denken, wenn von den Jugendlichen im Konfirmationsunterricht gefordert wird, zu glauben, daß sie von einem überirdischen Wesen geschaffen worden seien? (Ulbricht zur Jugendweihe, Sommer 1957).

1959 erschien erstmalig unter dem Titel "Vom Jenseits zum Diesseits" der I. Band eines "Wegweisers zum Atheismus" ... Darin heißt es in dem Kapitel "Arbeiterpartei und Religion" eindeutig: "Die Partei erklärt das religiöse Bekenntnis zur Privatsache gegenüber dem Staat. Der Partei gegenüber ist aber das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder sowie des ganzen Proletariats keinesfalls Privatsache." Ein besonderes Kapitel des Buches enthält genaue Richtlinien über die Praxis des Kirchenaustritts. Darin wird grundsätzlich gesagt: "Die Erkenntnis, daß die Lehre der Religion nachweisbar wissenschaftlich unhaltbar sind, muß bei jedem Menschen mit logischer Konsequenz zur Ablehnung der religiösen Anschauung führen".

Zur gleichen Zeit erschien in Moskau ein "Vademecum des Atheisten" unter dem Titel "Sputnik Ateista". Darin heißt es u.a.: "Zur Aufgabe des Kommunismus gehört die Liquidation der sozialen Bedingungen der Religion. Der Kommunismus läßt keinen Raum für irgendeine Religion übrig. Die Kommunisten erstreben die Zusammenfassung von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Atheisten und Gläubigen, zum Kampf für den Frieden und Sozialismus. Aber dieser Kampf kann nur unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, welche alle Formen der religiösen Ideologie ablehnt, erfolgreich zu Ende geführt werden.<<

25.03.1959

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt während einer Pressekonferenz zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/143): >>... Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt, und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Frieden und Freiheit zu integrieren. ...<<

20.04.1959

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius beschwert sich am 20. April 1959 in einem Offenen Brief über die Anwendung staatlicher Machtmittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die antichristliche Jugenderziehung in der SBZ (x009/200): >>... Es besteht kein Zweifel, daß die FDJ ihre Aufgabe, die Politisierung der jungen Generation im Sinn der bolschewistischen Führung zu erzielen, nicht erfüllt hat. ...

Weit effektiver ist hingegen eine Reihe andersartiger Maßnahmen. Hierzu gehört einmal die atheistische Agitation, die die Jugend der Kirche und den christlichen Traditionsgütern fast völlig entfremdet hat. In den letzten Jahren nahmen 80 bis 90 % der 14jährigen an der staatlichen Jugendweihe teil - womit sich nach Auffassung des Rats der EKD eine Konfirmation nicht verträgt. Noch eklatanter ist der Rückgang der Taufen, obwohl hier der Druck des Regimes geringer ist. Das läßt den Schluß zu, daß das Gros der Eltern der in den letzten Jahren geborenen Säuglinge - meist im Alter von 18 und 30 Jahren - kein Verhältnis mehr zur evangelischen Kirche und ihrem Ritual hat. ...

Das Gros dieser Jugend hat keinen Vergleich zu anderen Lebensstilen; die Orientierung am Kollektiv, die Vorstellung, daß der Staat die Aufgabe hat, dem einzelnen Fürsorge und soziale Sicherheit zu gewähren, und das Sich-Vorfinden in einem dirigistischen System ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Entfremdung gegenüber der gleichaltrigen Jugend in der Bundesrepublik und dem westlichen Lebensstil reicht tief. ...<<

02.05.1959

BRD: Der BdV-Mitarbeiterkongreß legt Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

15.05.1959

DDR: Ein FDJ-Statut verlangt von allen Mitgliedern der FDJ, sich vormilitärische Kenntnisse anzueignen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die FDJ (x009/124): >>Demgemäß heißt es im Statut vom 15.5.1959 (§ 1, Abs. 1-6); "Die FDJ ist die sozialistische Massenorganisation der Jugend in der DDR.

Sie vereint in ihren Reihen auf freiwilliger Grundlage die Arbeiter- und Landjugend, die junge Intelligenz, die Schüler und Studenten und die Jugend des Mittelstandes." Sie "läßt sich ... von den richtungsweisenden Beschlüssen und Ratschlägen der SED leiten, weil ihre Politik auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin beruhend, den Lebensinteressen der Nation und der Jugend entspricht." Im § 5 d heißt es: "Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, ... sich mit der

wissenschaftlichen Lehre der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus vertraut zu machen."

Die FDJ ist also auch auf den Atheismus verpflichtet, und damit ist § 1, Abs. 27 des Statuts unglaubwürdig, in dem die FDJ behauptet: "Sie betrachtet alle Jugendlichen, auch die, die religiös gebunden sind, als ihre Freunde und Kameraden ..."

Um den Patriotismus der ganzen deutschen Jugend auf das SBZ-Regime festzulegen, behauptet das Statut: "Die deutsche Jugend hat in der DDR ihr wahres Vaterland." Auch verlangt § 1, Abs. 11 den Einsatz für die bewaffneten Organe der SBZ: "Die Mitglieder der FDJ betrachten es als ihre Ehre und Pflicht, ... sich vormilitärische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Der Dienst in den bewaffneten Organen der DDR ist für jedes Mitglied der FDJ eine Ehrenpflicht."<<

01.06.1959

DDR: Während der Genfer Außenminister-Tagung bekräftigt die DDR ihren Souveränitätsanspruch. "Neues Deutschland" berichtet im Leitartikel vom 1. Juni 1959 (x009/396): >>... Das Verhältnis der Westmächte zur DDR, wie es sich jetzt in Genf herausgebildet hat, kommt einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte gleich, ... mögen sie in den Delegierten der beiden deutschen Staaten (auch) nur "Berater" oder sonst etwas sehen." Die SBZ legt höchsten Wert auf Anerkennung ihrer Souveränität durch nichtkommunistische Staaten.<<

01.07.1959

BRD: Heinrich Lübke wird zum Bundespräsidenten gewählt.

24.07.1959

DDR: Die SED-Regierung versichert, es werde niemals einen unfreiwilligen Zwangseintritt in die LPG geben.